

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

09. Februar 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Auch in der vergangenen Woche gab es wieder mehrere sicherheitsrelevante Vorfälle. So wurden am 02.02.14 bei einem Angriff der Taliban auf einen Kontrollpunkt in der südlichen Provinz Kandahar (Distrikt Maiwand) neun Polizisten getötet. Am 03.02.14 starben bei einem Selbstmordanschlag der Taliban in der Provinzhauptstadt Lashkar Gah (Helmand, Südafghanistan) mindestens zwei Polizisten. In der Nachbarprovinz Uruzgan griffen Dutzende Aufständische einen Posten der Polizei im Distrikt Charcheno an, wobei vier Polizisten getötet und drei verletzt wurden. Am 05.02.15 starben mindestens 18 Talibankämpfer bei einem Militärschlag in der ostafghanischen Provinz Nangarhar (Distrikt Nasjan, nahe der Grenze zu Pakistan). Neben diesen Ereignissen, über die die internationale Presse berichtete, ereigneten sich in der vergangenen Woche täglich eine Vielzahl von Angriffen und Anschlägen, über die nur in der afghanischen Presse berichtet wurde. Betroffen waren die Provinzen Faryab (Norden), Kunar (Osten, Sprengung einer Mädchenschule und Klinik), Parwan (Zentralafghanistan).

Kabinettsbildung

Das afghanische Parlament hat bisher lediglich acht Ministern des 25-köpfigen Kabinetts das Vertrauen ausgesprochen. Eine Entscheidung über neue Kandidaten wird frühestens im März fallen.

Anzahl der freiwilligen Rückkehrer aus Pakistan steigt

Nach Angaben der International Organization for Migration stieg im Januar die Zahl der Rückkehrer aus Pakistan stark an. Mit fast 24.000 Personen kehrten annähernd so viele zurück wie im ganzen Jahr 2014. Bei den Rückkehrern handelt es sich um Personen, die sich ohne Dokumente in Pakistan aufhielten und somit keine Unterstützung erhielten. Nach den jüngsten Vorfällen, insbesondere dem Anschlag auf eine Schule in Peshawar, werden verstärkt Forderungen nach einer Abschiebung Illegaler laut. Schätzungen gehen von rund drei Millionen afghanischen Flüchtlingen in Pakistan aus, davon eine Million ohne Dokumente.

Pakistan

Todesstrafe

Nach dem Anschlag auf eine Schule in Peshawar Mitte Dezember erklärte die pakistanische Regierung, die seit sechs Jahren ausgesetzte Vollstreckung der Todesstrafe für Terroristen wiederaufzunehmen. In den letzten ca. eineinhalb Monaten wurden 22 Todesurteile vollstreckt. So seien für Bombenanschläge verurteilte Extremisten hingerichtet worden. Nach Angaben der Regierung sitzen ca. 8.000 Menschen in der Todeszelle, etwa ein Drittel davon wegen Terrorismus.

Christen

Nach einer Meldung der katholischen Nachrichtenagentur Fides seien in der Provinz Punjab sieben christliche Familien Opfer des „Land Grabbing“ (illegale Aneignung von Landbesitz mit Hilfe von gefälschten Dokumenten) geworden. Betroffen waren sieben Häuser im Verwaltungsdistrikt Kasur.

Weiterhin Übergriffe auf Impfhelfer

Am 04.02.15 wurde ein Polizist, der ein Impfteam in Pashtunabad (Baluchistan) schützen sollte, ermordet. Ein weiterer Angriff ereignete sich in Bahadurpur (Sindh). Bei Angriffen auf Impfhelfer starben 69 Menschen seit Dezember 2012. Die Taliban behaupten, es handele sich bei den Impfkationen um Spionage oder um eine Verschwörung zur Sterilisierung der Muslime.

Irak

Sicherheitslage

Nach wie vor wird täglich von Anschlägen und Kampfhandlungen berichtet. So kamen am 09.02.15 bei einem Selbstmordanschlag in Bagdad mindestens zwölf Menschen ums Leben, mehr als 40 wurden verletzt worden. Der Anschlag ereignete sich in dem mehrheitlich von Schiiten bewohnten Stadtviertel Kadhimiya. Zu dem Anschlag bekannte sich bisher niemand. Am 07.02.15 wurden bei Anschlägen in Bagdad mehr als 30 Menschen getötet, mehr als 70 wurden verletzt. Opfer sollen überwiegend Schiiten und Sicherheitskräfte gewesen sein.

In Bagdad wurde mit Wirkung zum 07.02.15 die nächtliche Ausgangssperre aufgehoben.

Der Islamische Staat (IS) soll in Irak in seinen Gebieten seit Jahresbeginn 48 Menschen getötet haben, die meisten in der Stadt Mosul (Provinz Ninive) und im Umkreis von Mosul.

Getötete Peshmerga

Offiziellen kurdischen Angaben zufolge starben bei den Kämpfen gegen den IS zwischen dem 10.06.14 und dem 03.02.15 nahezu 1.000 kurdische Peshmerga-Kämpfer, mehr als 4.500 erlitten Verletzungen.

Massengrab entdeckt

Am 06.02.15 wurde erneut ein Massengrab (mehr als 20 Leichen von Yeziden) entdeckt, die vermutlich vom IS erschossen worden waren. Erst einige Tage zuvor hatten kurdische Peshmerga-Kämpfer in der Provinz Ninive ein Massengrab mit 25 Leichen gefunden.

UN-Bericht zum Missbrauch von Kindern

Nach Einschätzung der Vereinten Nationen werden Kinder systematisch von bewaffneten Gruppen missbraucht. Sie würden als menschliche Schutzschilde und Selbstmordattentäter eingesetzt, Minderjährige müssten Bomben für Jihadisten bauen. Die Vereinten Nationen werfen dem IS vor, u.a. in Irak Kinder zu foltern, zu kreuzigen, lebendig zu begraben und als Sexsklaven zu verkaufen. Es lägen auch Berichte vor, dass geistig behinderte Kinder als Selbstmordattentäter eingesetzt würden. Betroffen seien vor allem Angehörige von Minderheiten.

Türkei

Staat übernimmt Aysa Bank

Am 04.02.15 übernahmen Behörden die Kontrolle über die Bank Aysa, die zum Imperium des regierungskritischen Islam-Predigers Fethullah Gülen gehört. Auf Weisung der türkischen Bankenaufsicht BDDK übernahm der Spareinlagensicherungsfonds die Kontrolle über 63 % Prozent der Vorzugsaktien, entließ den Generaldirektor und setzte einen neuen Vorstand ein. Begründet wurde dies mit einer angeblichen Strukturchwäche und mangelnder Transparenz der Geschäftsabläufe. Bereits zuvor war die Arbeit der Bank durch zahlreiche juristische Auflagen erschwert worden, z.B. die Abwicklung der Zahlung von Steuern und Sozialabgaben für ihre Kunden. Staatspräsident Erdogan erklärte 2014 zudem öffentlich, die Bank sei bereits bankrott, woraufhin ihr Marktwert deutlich zurückging.

Die Bank Asya war einmal ein Vorzeigeprojekt der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP. Sie wurde 2006 von Anhängern der Gülen-Bewegung gegründet und entwickelte sich zur größten türkischen Bank nach islamischem Recht, was insbesondere ein Zinsverbot bedeutet.

Protest der Aleviten

Tausende Aleviten demonstrierten am 08.02.15 in Istanbul für die Bewahrung des Laizismus. Sie warfen der islamisch-konservativen AKP von Präsident Erdogan vor, die Türkei in einen „reaktionären“ Staat verwandeln zu wollen, der auf den Glauben und die Identität seiner Minderheiten keine Rücksicht nimmt. Mit schätzungsweise 15-20 Millionen Personen bilden die Aleviten die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft in der mehrheitlich sunnitischen Türkei.

Palästinensische Autonomiegebiete

Palästinenser gründen Komitee für Internationalen Strafgerichtshof

Palästinenser-Präsident Mahmoud Abbas forciert die geplanten Klagen gegen Israel vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). So setzte er am vergangenen Wochenende ein Komitee ein, das die Klagen vorbereiten und steuern soll. Die Autonomiebehörde war im Januar dem IStGH in Den Haag beigetreten und kann vor ihm ab April Verfahren wegen Kriegsverbrechen oder schweren Delikten des Völkerstrafrechts anstrengen. Israel lehnt dies ab. Dem Komitee unter Leitung des bisherigen palästinensischen Chefunterhändlers der Friedensverhandlungen mit Israel, Saeb Erekat, gehören 40 Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Bürgerrechtsgruppen an. Mit Rasi Hamed ist auch ein Vertreter der radikal-islamischen Hamas aus dem Gazastreifen berufen worden. Die Palästinenser-Führung hat bereits angekündigt, dass sie ab April Verfahren gegen Israel wegen der fortgesetzten Übersiedelung von Teilen der eigenen Bevölkerung in das seit 1967 besetzte Westjordanland anstrengen will. Die Besiedlung fremden Territoriums verstößt gegen das Völkerstrafrecht.

Iran

Aktivitäten des Geheimdienstes in Deutschland

Nach Erkenntnissen deutscher Sicherheitsbehörden arbeitet der iranische Geheimdienst VEVAK (Vezerat-e Ettelā'at va Amniat-e Keshvar, Ministerium für Nachrichtenwesen und Staatssicherheit) – er unterhält eine große Dienststelle in der Berliner Botschaft – primär gegen oppositionelle Exil-Aktivitäten. Im Fokus stehen vor allem Aktivitäten, die als Angriff auf das politische System empfunden werden oder die islamischen Grundsätze in Frage stellen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Aktivitäten politisch motiviert oder einfach Ausdruck künstlerischer Tätigkeit, religiöser Überzeugung oder volkstümlicher Bräuche sind. Dabei bedient sich das Regime eigener Tarnvereine und Internetportale, die sich auch für Abschaffung internationaler Sanktionen gegen den Iran einsetzen.

Jordanien

Hinrichtung von Jihadisten

Die jordanische Regierung hat zwei Jihadisten durch Erhängen hinrichten lassen. Damit reagierte das Land auf die Veröffentlichung eines Videos, welches die Ermordung des jordanischen Kampffliegers zeigt, der im Dezember 2014 in die Gewalt des IS geraten war. Eine der Hingerichteten ist die Terroristin Sadschida al Rischawi (Sajida al-Rishawi). Um ihre Freilassung gab es noch einige Tage zuvor Verhandlungen zwischen der jordanischen Regierung und dem IS. Sie wurde in Jordanien im Jahr 2005 wegen einer Anschlagsserie auf drei Hotels in Amman zum Tode verurteilt.

Jemen

Nach Putsch der Houthi-Rebellen formiert sich Widerstand

Am 07.02.15 reagierten tausende Demonstranten mit Protestmärschen in mehreren Städten auf die Übernahme der politischen Kontrolle durch die Houthi-Rebellen. Diese hatten am 06.02.15 in einer „Verfassungserklärung“ neue Institutionen angekündigt und das Parlament aufgelöst. In Sanaa wurde ein Marsch in der Nähe der Universität von den Rebellen gewaltsam beendet. De facto regiert jetzt ein Revolutionskomitee mit Muhammad Ali al-Houthi. Er ist ein Cousin von Rebellenchef Abdul Malek al-Houthi. Das Komitee überwacht alle weiteren Schritte, besonders die geplante Bildung eines fünfköpfigen Präsidialrates. Rebel-

lenchef Abdul Malek al-Houthi rechtfertigte am 07.02.15 die vollständige Machtübernahme. Sie sei notwendig gewesen, um nach dem Rücktritt des Präsidenten und der Regierung das politische Machtvakuum zu füllen. Er sagte weiter, die Houthis wollten das Land stabilisieren und die Bedrohung durch al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) eliminieren. Abdul Malek al-Houthi gab sich offen für die Teilnahme anderer Parteien. Die wichtigsten politischen Parteien haben aber eine Zusammenarbeit bisher ausgeschlossen.

Syrien

Damaskus angegriffen

Die Rebellengruppe Jaish al-Sham („Islamische Armee“) griff am 05.02.15 mit mindestens 30 Raketen ein Wohngebiet in Damaskus an. Dabei sollen mindestens sieben Personen getötet worden sein. Schon am 25.01.15 hatte die Gruppierung mit 38 Raketen die syrische Hauptstadt angegriffen. Auch damals wurden sieben Menschen getötet.

IS erleidet Niederlagen

Der IS ist durch die erfolgreiche Verteidigung Kobanes (Ayn al-Arab) durch die kurdische Miliz (Volksverteidigungseinheit) auf strategischem Rückzug. Wie am 09.02.15 bekannt wurde, geben die Einheiten der syrischen Kurden an, 120 Dörfer zurückerobert zu haben. Weitere Gebietsverluste erlitt der IS durch syrische Regierungstruppen nahe einer Luftbasis in der Provinz Deir al-Zor. Hinzu kamen Bodenverluste zugunsten von kurdischen Kämpfern in der nordöstlichen Provinz al-Hasaka nahe der irakischen Grenze. Der IS steht unter Druck, ist aber auf syrischem Gebiet weit entfernt von einem Zusammenbruch.

Luftangriffe auf IS

Luftangriffe sollen einen Waffentransport des IS von Syrien in den Irak zerstört haben. Am 05.02.15 flog das mit den USA verbündete Königreich Jordanien einen Großangriff auf die Stadt ar-Raqqa, derzeit eine Hochburg des IS. Der jordanische Luftwaffenchef Al-Jobur (Al-Dschobur) gibt an, dass seither 56 mutmaßliche Ziele zerstört wurden. Die internationale Allianz gibt an, dass der IS durch Luftangriffe rund 20 % seiner Ressourcen verloren hat.

Waffenstillstandsplan ausgesetzt

Der aktuelle Waffenstillstandsplan der Vereinten Nationen, ausgearbeitet unter dem UN-Syrienbeauftragten Staffan de Mistura, wurde zumindest ausgesetzt. Nach Angaben westlicher Diplomaten ist das syrische Regime nicht zu Zugeständnissen an die bewaffneten gegnerischen Gruppierungen bereit.

Tunesien

Regierungskoalition mit gemäßigten Islamisten

Das Parlament sprach der Regierung von Ministerpräsident Habib Essid am 05.02.15 mit einer Mehrheit von 166 zu 30 Stimmen sein Vertrauen aus. Die säkulare Nidaa Tounes stellt den Außenminister sowie fünf weitere Ministerposten. Drei Ministerien (Justiz, Inneres, Verwaltung) gingen an unabhängige Kandidaten. Der bisherige Sprecher der gemäßigt islamistischen Ennahda-Partei, Ladhari, wurde Arbeitsminister; zudem stellt die Ennahda drei Staatssekretäre. Im ersten Kabinettsentwurf vom 23.01.15 hatte Essid für die Ennahda keine Posten vorgesehen. Dieser Entwurf wurde jedoch zurückgezogen, als eine fehlende Parlamentsmehrheit absehbar war.

Anschläge von Islamisten vereitelt

Ein Sprecher des Innenministeriums erklärte am 07.02.15, es seien 32 Islamisten festgenommen worden, die schwere Anschläge auf militärische und zivile Einrichtungen in Tunis und mehreren Regionen im Süden geplant hätten. Es handele sich dabei zum Teil um Rückkehrer aus Syrien, die dort auf Seiten der Islamisten gekämpft hätten. Angaben der tunesischen Nachrichtenagentur zufolge soll es sich bei den Festgenommenen um Anhänger der Ukba-ibn-Nafi-Brigade handeln, die sich dem IS angeschlossen habe.

Somalia

Hochrangiger al-Shabaab-Führer getötet

Bei einem Drohnenangriff des US-Militärs in der Stadt Dinsoor südlich von Mogadischu wurde am 31.01.15 Yussuf Dheeq getötet. Er war für die Planung von Auslandseinsätzen zuständig.

Al-Shabaab-Kämpfer getötet

Bei mehreren Luftangriffen der AMISOM auf Basen der al-Shabaab in der Region Lower Juba sollen 27 al-Shabaab-Kämpfer getötet worden sein.

Autobombe in Mogadischu

Bei der Explosion einer Autobombe starb am 04.02.15 in Mogadischu ein Passant, sechs Zivilisten wurden verletzt. Das Ziel des Anschlags, ein Mitarbeiter der Regierung, blieb unverletzt.

Südsudan

Machtaufteilung beschlossen

Im Zuge des jüngsten Waffenstillstandsabkommens zwischen der Regierung unter Präsident Salva Kiir und den Rebellen um Riek Machar (vgl. BN vom 02.02.15) einigten sich beide Parteien darauf, bis 05.03.15 weitere Einzelheiten des künftigen Vorgehens zu beschließen. Auf Vorschlag der IGAD soll Kiir Staatspräsident bleiben und Machar wieder als Vizepräsident eingesetzt werden. Nach einer Vor-Übergangszeit von drei Monaten soll für weitere 30 Monate eine Übergangsregierung (Transitional Government of National Unity – TGoNU) eingesetzt werden. Die für Juni 2015 vorgesehenen Wahlen sollen verschoben werden.

Menschenrechtsverletzungen

Nach Angaben von Ivon Simonovic, für Menschenrechte zuständiger Assistent des UN-Generalsekretärs, komme es trotz einer Beruhigung der Lage immer noch zu zahlreichen schweren Menschenrechtsverletzungen.

Westafrika/Ebola

Lagefortschreibung

Am 15.01.15 bzw. ergänzend am 29.01.15 hatte die WHO noch mitgeteilt, dass die Zahl der Ebola-Neuinfektionen in den am stärksten von Ebola betroffenen Ländern Liberia, Sierra Leone und Guinea deutlich zurückgegangen sei und erstmals seit Juni 2014 unter 100 Neuinfektionen pro Woche sank. Am 04.02.15 spricht die WHO nun von einem Wiederanstieg der Neuinfektionen (KW 04: 99 Neuinfektionen, KW 05: 124).

Aufgrund der ersten Rückgänge hatte Senegal seine Grenzen zu Guinea wieder geöffnet. Die für den 02.02.15 angesetzte Wiedereröffnung des Schulbetriebes in Liberia wurde unterdessen aufgrund mangelnder Hygieneausrüstungen zur Ebola-Prävention auf den 16.02.15 verschoben.

Der humanitäre Aktionsplan 2015 des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen (UNICEF) sieht weitere Investitionen (500 Mio. US-Dollar) für die von Ebola betroffenen Staaten vor.

Die Organisation für islamische Zusammenarbeit (OIC) und die Islamische Entwicklungsbank (IDB) unterzeichneten am 01.02.15 ein Memorandum of Understanding über die Umsetzung und das Management eines gemeinsamen Programms zum Kampf gegen Ebola in Westafrika. Schwerpunkte sollen insbesondere der Informationsaustausch, die Ermittlung von verfügbarem und benötigtem Potenzial sowie der Aufbau neuer Partnerschaften mit zentralen lokalen und internationalen Akteuren sein.

Nigeria

Präsidenten- und Parlamentswahlen verschoben

Am 07.02.15 verkündete der Vorsitzende der Wahlkommission INEC, Attahiru Jega, die Verschiebung der Präsidenten- und Parlamentswahlen vom 14.02.15 auf den 28.03.15 sowie der Wahlen zu den Parlamen-

ten der 36 Bundesstaaten (einschl. Gouverneure) vom 28.02.15 auf den 11.04.15. Begründet wurde die Verlegung damit, dass es wegen der militärischen Operationen gegen die islamistische Boko Haram im Nordosten an Soldaten fehle, um landesweit sichere Wahlen garantieren zu können. Aussichtsreichste Bewerber um das höchste Staatsamt sind der Amtsinhaber Goodluck Jonathan von der PDP (People's Democratic Party) und der ehemalige General und Militärmachthaber (1983 bis 1985) Muhammadu Buhari von der größten, erst 2013 gegründeten Oppositionspartei APC (All Progressives Congress). Seit Nigerias Rückkehr zur Zivilregierung 1999 wird der Staatspräsident stets von der PDP gestellt. Erstmals seit 1999 wird ein Kopf-an-Kopf-Rennen bei der Präsidentschaftswahl prognostiziert. Der APC-Vorsitzende John Odigie-Oyegun bezeichnete die Wahlverschiebung als „höchst provokativ“. Er und Buhari riefen die Bevölkerung zum Gewaltverzicht auf.

Selbstmordanschlag bei Wahlkundgebung von Präsident Jonathan

Am 02.02.15 gegen 15 Uhr sprengte sich in der Stadt Gombe (Hauptstadt des gleichnamigen nordöstlichen Bundesstaats) eine Selbstmordattentäterin auf einem Parkplatz in der Nähe des Pantami-Stadions in die Luft. Dies geschah nur wenige Minuten nachdem Staatspräsident Jonathan, der von einer Wahlkampfveranstaltung im Stadion kam, mit seinem Konvoi den Parkplatz passiert hatte. Eine Unbeteiligte starb, 18 Menschen wurden verletzt.

Westafrika

Regionale Eingreifgruppe zu Bekämpfung der Boko Haram geplant

Am 07.02.15 beschlossen in Kameruns Hauptstadt Yaoundé die fünf westafrikanischen Staaten Nigeria, Benin, Niger, Kamerun und Tschad, zur Bekämpfung der Boko Haram eine regionale Eingreiftruppe mit 8.700 Soldaten, Polizisten und Zivilisten aufzustellen.

Nigeria/Kamerun/Tschad

Tschadische Truppen erobern Gamboru und Ngala von Boko Haram

Am 03.02.15 befreiten tschadische Truppen von der kamerunischen Stadt Fotokol kommend die nigerianische Stadt Gamboru sowie den Nachbarort Ngala aus den Händen der Boko Haram. Vorausgegangen waren tschadische Luftangriffe auf Stellungen der Terroristen. Laut Angaben des tschadischen Militärs wurden bei den Kämpfen rund 200 Islamisten sowie neun Soldaten getötet.

Boko-Haram-Massaker in Fotokol

Am frühen Morgen des 04.02.15 griffen laut Angaben des kamerunischen Informationsministers etwa 800 Kämpfer der Boko Haram die Stadt Fotokol (an der Grenze zu Nigeria, Region Extrême-Nord) an. Sie sollen über 90 Einwohner wahllos getötet und mehr als 500 verletzt haben. Häuser und Moscheen wurden zerstört. Kamerunischen Soldaten gelang es, die Islamisten aus der Stadt zu vertreiben. Bei den Kämpfen sollen 50 Angreifer sowie sechs Soldaten getötet worden sein. Der Angriff auf Fotokol war offenbar ein Racheakt der Boko Haram für die Eroberung der nigerianischen Nachbarstadt Gamboru durch tschadische Truppen am Vortag.

Niger

Angriff von Boko Haram auf Grenzstadt in Niger

Zum zweiten Mal binnen dreier Tage überfielen die islamistischen Extremisten nach Angaben aus Militärkreisen eine Grenzstadt im Niger. Am 06.02.15 hatte Boko Haram die Stadt Bosso angegriffen, wurde aber nach Nigeria zurückgedrängt. Nun habe die Armee die Angreifer zwar in den Ort Diffa zurückschlagen können, die Gefechte an einer nahen Brücke nach Nigeria hielten aber noch an. Im Grenzgebiet zwischen Niger und Nigeria sind Hunderte Soldaten aus dem Tschad stationiert, die Niger bei der Abwehr von Boko Haram helfen. Das Parlament im Niger wird am 09.02.15 als Reaktion auf die Angriffe über die Entsendung von Truppen nach Nigeria entscheiden.

DR Kongo

Am 03.02.15 wurden in der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu zwischen 21 und 27 Bewohner des Dorfes Mayangose (nahe der Distrikthauptstadt Beni) bei der Feldarbeit überfallen und mit Macheten getötet. Der Überfall wird der ursprünglich in Uganda aktiven islamistischen Rebellenorganisation ADF (Allied Democratic Forces) zugeschrieben, die zwischen Anfang Oktober und Anfang Dezember 2014 über 260 Menschen in und in der Umgebung von Beni getötet haben soll.

Zentralafrikanische Republik

UN-Sicherheitsrat soll Friedensmission aufstocken

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon rief den Sicherheitsrat am 05.02.15 auf, die Zahl der im Rahmen der UN-Mission MINUSCA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the Central African Republic) in der Zentralafrikanischen Republik stationierten Sicherheitskräfte um 1.030 (750 Soldaten/280 Polizisten) aufzustocken. Damit würde die Mission fast 13.000 Uniformierte umfassen. Davon waren Ende Dezember 2014 fast 8.700 bereits im Lande stationiert. Im April 2015 steht die Erneuerung des Mandats der Mission an. Laut Ban Ki-Moon bleibt die Sicherheitslage unberechenbar. Weiterhin komme es zu Kämpfen zwischen Anti-Balaka und Ex-Séléka. Auch stiegen kriminelle Aktivitäten, u.a. mit dem Ziel, Kontrolle über die Bodenschätze zu erlangen. Zudem seien nach wie vor muslimische Gemeinschaften unter schwierigen humanitären Verhältnissen und bedroht von Übergriffen eingeschlossen.

Mali

MINUSMA

Die MINUSMA (Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali) war 2014 eine der gefährlichsten UN-Missionen. Die multinationale Truppe hatte 28 Soldaten verloren, 75 wurden teils schwer verletzt. Infolge der Re gruppiierung islamistischer Gruppen in Nordmali wurde die MINUSMA zu einem Hauptziel.

Am 27.01.15 kam es in Gao zu Protesten anlässlich eines Treffens von MINUSMA-Vertretern mit lokalen Führern, nachdem Gerüchte über Pläne zur Einrichtung einer Pufferzone im Norden unter Einschluss der Entwaffnung von Pro-Regierungsmilizen aufkamen. Bei den Protesten wurden drei Demonstranten von UN-Soldaten erschossen. Die UN bekunden, nur Warnschüsse in Reaktion auf Angriffe mit Brandsätzen abgegeben zu haben.

Selbstmordattentat

Am 28.01.15 starben mindestens zwölf Menschen durch zwei Selbstmordanschläge der regierungstreuen Gatia-Miliz auf Tuareg-Rebellen bei Tabankort. Ein dritter Anschlag wurde verhindert.

Verlängerung der EUTM-Mission

Die deutsche Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM-Mali soll um 15 Monate verlängert und die Mandatsobergrenze um 100 auf 350 Soldaten angehoben werden. Zur Führung der Mission von August 2015 bis Ende Mai 2016 (derzeitiges Mandatsende) ist Deutschland vorgesehen.

Westbalkan

Massenexodus

Kosovo, die EU-Länder und auch der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon sind zunehmend besorgt über die weiter steigende Ausreisewelle. (vgl. BN v. 19.01.15) Berichten zufolge hätten in den letzten Monaten rund 50.000 Bürger das Land verlassen. Häufigste Ziele innerhalb der EU sind Deutschland, Österreich, Frankreich. Allein in Deutschland ist die Zahl der Asylbewerber 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 101 % angestiegen. In Ungarn beantragten nach Behördenangaben allein im Januar 10.200 Kosovaren Asyl. Tendenz weiterhin steigend. Das Bildungsministerium des Kosovo meldet, dass in den vergangenen Monaten rund

5.200 Kinder nicht mehr in die Schule kamen. Ganze Siedlungen, besonders in strukturschwachen Regionen, drohen sich zu entvölkern. Allein in zwei Tagen der vergangenen Woche seien 290 Kosovaren wegen versuchten illegalen Grenzübertritts von Serbien nach Ungarn festgenommen worden. Rund 60.000 Kosovaren hätten serbische Pässe beantragt. Wird der Trend nicht gestoppt, ist damit zu rechnen, dass mindestens 10 % der Bevölkerung (von 1,8 Mio.) bis Ende 2015 ihr Land verlassen haben werden. Die Regierung appelliert an ihre Bürger nicht auszureisen, sie habe bereits eine Strategie, um die Lebensbedingungen zu verbessern. Das Parlament wird sich in den nächsten Tagen mit dieser Thematik befassen.

Seit Herbst 2014 kursieren Falschinformationen, wonach Deutschland und Frankreich Asyl gewähren. Schleuser versuchen potenzielle Migranten durch Gerüchte über die Gewährung von Sozialleistungen und eines Aufenthaltsstatus zur Ausreise zu bewegen. Neben der Schleusung verdienen sie durch den Aufkauf des Eigentums der Migranten. Jeden Tag fahren vom Busbahnhof Pristina mehrere volle Busse in Richtung Belgrad. Das Brüsseler Abkommen zwischen Serbien und Kosovo garantiert den Bürgern Serbiens und Kosovos Bewegungsfreiheit. An der serbischen Grenze bekommen Kosovaren automatisch einen offiziellen Schein, mit dem sie sich in Serbien aufhalten können. Dort werden die Menschen von Schleppern in Empfang genommen und bis zur ungarischen Grenze gebracht. Wer nicht sofort nach Ungarn weiterreisen kann, wird vorübergehend in Ferienunterkünften in Nordserbien untergebracht. Dort haben Schlepper mehrere Motels und Häuser angemietet.

Hintergrund

15 Jahre nach Kriegsende und sieben nach der Unabhängigkeit ist Kosovo weiterhin das ärmste Land auf dem Balkan. Die Wirtschaft bleibt unterentwickelt, ein Drittel der Bevölkerung ist arbeitslos, rund 40 % leben unterhalb der Armutsgrenze. Hinzukommt eine große Unzufriedenheit über die Staatsführung, Korruption und Vetternwirtschaft. Kosovo ist auch Drehscheibe für Drogen-, Waffen- und Menschenhandel. Anfang Februar demonstrierten Tausende gegen die Regierung (vgl. BN v. 02.02.15). Die am meisten skandierete Parole lautete: „Mit Dieben ist kein Staat zu machen“. Das neue Kabinett Kosovos hat 21 Minister und 41 stellvertretende Minister. Das ist selbst für den Balkan ein Rekord. Die neue Regierung hat – nach monatelangem Stillstand – erst im Dezember 2014 die Arbeit aufgenommen (vgl. BN v. 15.12.14; 24.11.14). Sie wird von den zwei größten Parteien dominiert, der Demokratischen Partei (PDK) und der Demokratischen Liga (LDK). Die LDK war dafür aus dem Block der Oppositionsparteien ausgesichert, die eigentlich gemeinsam eine Regierung bilden wollte, um eine dritte Amtsperiode des ehemaligen Premiers Thaci zu verhindern. Dies wird von Vielen als Verrat empfunden.

Diese Gemengelage aus Unzufriedenheit und Armut hat den Menschen Hoffnung und Perspektive genommen. Dazu bieten die Sozialsysteme keine angemessene Versorgung. Die Selbstmordrate ist insbesondere in der Nachkriegszeit rasant gestiegen. All dies und die Verheißungen des Westens lassen nun sogar solche Kosovaren auswandern, die eine Arbeit haben. Wieso es aber gerade jetzt zu dieser raschen und plötzlichen Massenauswanderung kommt, ist nicht vollständig zu erklären, sind doch die Gründe nicht wirklich neu. Es gibt Stimmen, die politische Motive vermuten. Andere sprechen von einem organisierten System, bestehend aus Reisebüros, Busunternehmen, Zollbeamten und Schleppern.

Albanien

Steigende Migration

Auch aus Albanien wird verstärkt abgewandert. Allein in Deutschland ist die Zahl der Asylbewerber 2014 im Vergleich zum Vorjahr um über 500 % angestiegen. Täglich fahren Busse aus verschiedenen albanischen Städten nach Deutschland. Auch hier (vgl. Beitrag Kosovo) agieren Schleuser, die versuchen potenzielle Migranten durch Streuung von Gerüchten zur Ausreise zu bewegen. Albanien hat zur Verhinderung der illegalen Migration mit einem Aktionsplan (Grenzkontrollen, Informationskampagnen etc.) reagiert.

Albanien hat im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl schon immer eine der höchsten Migrationsraten in Europa. In den letzten zwei Jahrzehnten sind rund 1,4 Millionen Albaner ausgewandert.

Die Migration ist primär wirtschaftlich – schlechte Lebensbedingungen, Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhne – motiviert (vgl. BN v. 19.01.15; 26.08.14).

Kroatien

Völkermordklagen gescheitert

Am 03.02.15 hat der Internationale Gerichtshof (IHG) die gegenseitigen Völkermordklagen Kroatiens und Serbiens abgewiesen. Mit dem Freispruch der beiden Länder wurde der seit 1999 andauernde Rechtsstreit vor dem höchsten UN-Gericht beendet. Ursprünglich hatte Kroatien Serbien wegen der ethnischen Säuberungen von 1991 bis 1995 verklagt. Als alle Versuche zur außergerichtlichen Lösung des Konflikts scheiterten, erhob Serbien im Jahr 2010 im Gegenzug gegen Kroatien Klage wegen Tod und Vertreibung tausender Serben.

Nach Ansicht des Gerichts wurden zwar auf beiden Seiten Verbrechen mit den Merkmalen des Völkermordes begangen, jedoch handelte es sich nicht um Massenmord. Zu Beginn des Balkankrieges hätten die serbischen Taten nicht zum Ziel gehabt, die kroatische Volksgruppe zu zerstören, sondern diese mit Gewalt zu vertreiben. Bei einer Offensive kroatischer Truppen zur Rückeroberung von Territorium aus den Händen serbischer Rebellen fand das Gericht auch keine ausreichenden Beweise für Völkermord. Serbische Söldner hätten mit ihren ethnischen Säuberungen große, substantielle Teile des kroatischen Volkes getroffen, andererseits seien auch Serben Opfer von Übergriffen auf substantielle Teile ihrer Volksgruppe geworden. Der Richterspruch war sowohl in Kroatien als auch in Serbien mit Spannung erwartet worden. Während Kroatien vom Urteil enttäuscht war, es aber akzeptieren will, zeigte sich Serbien zufrieden.

Ukraine

Diplomatie-Offensive in Kiew und Moskau

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident François Hollande reisten am 05.02.15 nach Kiew, um mit dem ukrainischen Staatspräsidenten Petro Poroschenko Gespräche über die Ukraine-Krise zu führen und einen weitreichenden Friedensplan (Gefangenenaustausch, Waffenstillstand, weitreichende Autonomie für den Osten der Ukraine) zu unterbreiten. Nach dem Treffen in Kiew teilte der ukrainische Präsident mit, alle drei Gesprächspartner hätten zu einer friedlichen Lösung des blutigen Konflikts aufgerufen und sich für eine Umsetzung des Minsker Abkommens ausgesprochen, das unter anderem eine Feuerpause zwischen ukrainischem Militär und prorussischen Separatisten sowie den Abzug schwerer Waffen vorsieht. Ohne Angabe von Gründen gab es keine ursprünglich geplante gemeinsame Erklärung der drei Politiker.

Merkel und Hollande setzten am 06.02.15 ihre Gespräche in Moskau mit Präsident Putin fort. Nach den Gesprächen wurde von einem „inhaltsreichen und konstruktiven Meinungs austausch“ gesprochen. In einer Telefonkonferenz am 08.02.15 sprachen Merkel, Hollande, Putin und der ukrainische Präsident Poroschenko über ein Paket für eine umfassende Regelung des Konflikts und vereinbarten dazu ein Gipfeltreffen am 11.02.15 in Minsk. Während die ukrainische Regierung davon ausgeht, dass es nach dem Treffen zu einer raschen und bedingungslosen Waffenruhe durch beide Seiten kommen wird, macht Putin seine Teilnahme an dem Treffen vom Fortschritt der vorherigen Verhandlungen abhängig.

Lage im Osten

Nach Meldungen des ukrainischen Militärs vom 04.02.15 starteten die prorussischen Separatisten eine Großoffensive, bei der innerhalb von 24 Stunden 80 Ortschaften angegriffen wurden. Im Zentrum der Kämpfe stand die Ortschaft Debalzewo mit etwa 5000 ukrainischen Soldaten. Sie droht von den Separatisten eingeschlossen zu werden. Diesen Eisenbahnknotenpunkt wollen die Separatisten erobern, um zwischen den beiden von ihnen kontrollierten Gebieten Lugansk und Donezk eine bessere logistische Verbindung zu erhalten. Am 06.02.15 wurde von den Konfliktparteien ein eintägiger Waffenstillstand rund um die Stadt Debalzewo vereinbart, um Zivilisten in Sicherheit zu bringen.

Uneinigkeit über US-Waffenlieferungen an Ukraine

In den USA wird angesichts der eskalierenden Gewalt weiterhin über Waffenlieferungen an die ukrainische Armee diskutiert. Am 05.02.15 sagte US-Außenminister John Kerry bei einem Besuch in Kiew, Präsident Barack Obama werde bald über Waffenlieferungen entscheiden. Bislang lehnte Obama Waffenlieferungen ab. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz am letzten Wochenende forderte der ukrainische Präsident westliche Waffenlieferungen. Während Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier sich erneut dage-

gen aussprechen, erwägen die USA – vor allem die republikanische Seite – dies inzwischen und kritisieren Deutschlands zurückhaltendes Vorgehen.

Indien

Demonstrierende Christen verhaftet

Die Polizei in Neu-Delhi hat am 05.02.15 Hunderte Christen festgenommen, die gegen die steigende religiöse Intoleranz demonstrierten. Wie die Polizei mitteilte, wurden die Demonstranten in Gewahrsam genommen, als sie in das Sperrgebiet um die Residenz von Innenminister Rajnath Singh einmarschierten. Auslöser des Protestes waren ein Feuer, das eine Kirche in Neu-Delhi verwüstet hatte, sowie mehrere andere Fälle von Vandalismus und Brandstiftung in örtlichen Gotteshäusern. Die Demonstranten machen hinduistische Hardliner für die Angriffe verantwortlich.

In Indien hat es seit der Wahl des Hindu-Nationalisten Narendra Modi zum Premierminister im Mai 2014 immer wieder Spannungen zwischen Hindus und Angehörigen religiöser Minderheiten gegeben. Laut dem Weltverfolgungsindex 2015 des christlichen Hilfswerkes Open Doors verschlechterte sich die Lage für Christen in Indien im vergangenen Jahr deutlich.

Philippinen

Mutmaßlicher Attentäter von Bali getötet

Am 25.01.15 soll Zulkifli Abdhir (alias Zulkifli bin Hir, auch Marwan genannt) laut amerikanischen Angaben bei einer Polizeirazzia auf den Philippinen getötet worden sein. Dafür sprächen DNA-Analysen zu einem Mann, der auf der Insel Mindanao bei Gefechten mit der Polizei umkam, weitere Tests sollten Gewissheit bringen. Zulkifli bin Hir galt als führendes Mitglied der radikalen islamistischen Gruppierung Jemaah Islamiyah (JI). Ihm wird der Bombenanschlag auf einen Nachtclub auf der Insel Bali zugeschrieben, bei dem 202 Menschen im Jahr 2002 starben. Er soll auch in Bombenanschläge auf den Philippinen verwickelt gewesen sein und steht seit März 2007 auf der US-Liste der meistgesuchten Terroristen.

Osttimor

Regierungschef zurückgetreten

Am 06.02.15 trat Regierungschef Xanana Gusmão als Premierminister mit seiner Koalition zurück; er soll bis zur Vereidigung eines Nachfolgers im Amt bleiben. Gründe für den Rücktritt sollen Korruptionsvorwürfe sein. Gusmão hatte jahrzehntelang den Unabhängigkeitskampf Osttimors gegen Indonesien angeführt und war der erste Präsident des Landes. Er wechselte 2007 in das Amt des Ministerpräsidenten.